

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Ralf Stadler

Abg. Martin Mittag

Abg. Maximilian Deisenhofer

Abg. Johann Häusler

Abg. Margit Wild

Abg. Albert Duin

Staatssekretär Roland Weigert

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Ralf Stadler u. a. und Fraktion (AfD)

Duale Ausbildung trotz Corona-Lockdown ermöglichen (Drs. 18/13931)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Ralf Stadler das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete! Heute möchte ich besonders die Jugend ansprechen, für die wir die Staatsregierung auffordern, mit sofortiger Wirkung die Wiederaufnahme der beruflichen Ausbildung im Gastgewerbe, im Einzelhandel, im Veranstaltungsgewerbe und in körpernahen Dienstleistungen zu ermöglichen.

Die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze beträgt laut IAB zehn Prozent weniger als im Vorjahr. Aber auch die Zahl der Bewerber ist gesunken. Die große Gefahr ist, dass die Jugendlichen, die eine berufliche Ausbildung anstreben, auf der Strecke bleiben. Wer keinen Ausbildungsplatz bekommt, ist "lost", wie das die Jugend in ihrer Sprache ausdrückt. Die Motivation von Jugendlichen wird ausgebremst, eine ganze Generation droht in Schule und Berufsausbildung den Anschluss zu verlieren. Schon jetzt wird von einer verlorenen Generation gesprochen. Das lassen Sie alle geschehen, obwohl Sie alle seit Jahren von Fachkräftemangel gesprochen haben. Die Lehrlinge, Schüler, Studenten wollen eben nicht nur feiern, Party machen, sondern auch etwas lernen, sich untereinander austauschen und soziale Kontakte pflegen. Ihnen das zu ermöglichen, ist die Aufgabe der Politik.

Stattdessen haben Sie die Gesellschaft und die Wirtschaft komplett an die Wand gefahren, obwohl die unmittelbaren Folgen des Virus weit weniger dramatisch sind als angenommen.

(Beifall bei der AfD)

Aber unser Franke warnt lieber in Star-Wars-Manier vor Mutanten, um immer strengere Maßnahmen rechtfertigen zu können. – Herr Söder, das ist ein mieses Spiel, mit dem Sie Angst verbreiten. Passenderweise haben Sie das derzeit wichtigste Ministerium mit dem Apparatschik Holetschek besetzt statt mit einer fachkundigen Medizinerin, die ihrem hippokratischen Eid verpflichtet wäre. Wenn Sie es ehrlich meinten, müssten Sie zugeben, dass wir nicht wegen dieser, wenn auch für Risikogruppen gefährlichen Grippe eine ganze Generation aufs Spiel setzen können. Machen Sie endlich Schluss mit dieser politischen Pandemie!

(Beifall bei der AfD)

Markus Söder, von Gottes Gnaden Regent der Bayern, stellte am Montag eine Lockerung der Kontaktregelung, Öffnungen im Handel und mehr Präsenzunterricht in Aussicht, allerdings nur bei sogenannten Inzidenzwerten unter 35. Heute so, morgen so! Welche Zahl hätten Sie denn gerne?

Der PCR-Test sagt nichts darüber aus, ob jemand wirklich infiziert ist, ob er andere anstecken kann, und schon gar nicht, ob jemand erkrankt ist. Damit kommt die Willkürlichkeit der Lockdown-Maßnahmen immer mehr ans Tageslicht. Die Kritik in der Bevölkerung wächst, die Umfragewerte sinken, der Koalitionspartner rebelliert, und schon reagiert Söder mit einigen Lockerungsversprechen, die die Bürger wieder besänftigen sollen. Gleichzeitig wird aber schon die dritte Welle angedroht.

Wir von der AfD fordern statt solcher billiger Show-Effekte das sofortige Ende des Lockdowns und die Rückkehr zur Normalität. Darüber hinaus fordern wir den effektiven Schutz der Risikogruppen alter und kranker Menschen.

Als Fazit muss man Söder ein völliges Versagen attestieren, dessen Auswirkungen nun durch massive Propaganda kaschiert werden sollen. Aber dieser "Komödienstadel" zieht nicht mehr. Der äußerst peinliche Auftritt des Ministerpräsidenten am Aschermittwoch zeigt den Verfall der ganzen Partei.

(Widerspruch bei der CSU)

Der Fisch stinkt hier vom Kopf her. Wenn man sich so als Kanzlerkandidat in Szene setzen will,

(Zuruf: Corona-Leugner!)

dann sollte man sich Gedanken machen, ob das der richtige Weg für Bayern und für Deutschland ist.

(Beifall bei der AfD)

Wie wollen Sie, Herr Söder, das gegenüber der Generation Ihrer eigenen Kinder verantworten? Im Gegensatz zu Merkel und Spahn, die kinderlos sind und bleiben werden, haben Sie nämlich Kinder.

Ich appelliere im Namen der ausbildungswilligen Jugendlichen an Sie alle, meine Kollegen, diesem unserem Antrag im Sinne der Zukunft unserer Kinder zuzustimmen.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Martin Mittag. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Mittag (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Wie der Antrag wirklich lautet, können wir da oben lesen. Wir haben ihn alle gelesen, weil er uns auch vorliegt. Der Vorredner, Kollege Stadler, hat zum Antrag nicht viel gesagt. Es ging wieder mal darum, Corona zu leugnen, von einer Grippe zu sprechen, dass wir die Menschen in Gruppen aufteilen müssten, wer Schutz braucht und wer nicht. Es geht um viel mehr, aber die AfD hat es nicht verstanden, wird es auch nie verstehen. Deswegen werde ich mich kurzhalten, was den Antrag angeht.

In dem Antrag ist von vier Punkten die Rede. Die Punkte zwei, drei und vier – wer sich die Mühe machen will, sich den Antrag der AfD anzuschauen – sind zwischenzeitlich

erklärt. Der Kollege Stadler versucht, auch wieder in AfD-Manier, mit Angst junge Leute ins Kalkül zu ziehen. Genau das brauchen wir nicht.

Man sollte vielleicht mal die Zahlen anschauen: Es gibt ein Vielfaches an Ausbildungsplätzen, die offen sind, die auch in 2020 offengeblieben sind. Wir tun sehr viel dafür, dass Ausbildung ein wichtiges Thema bleibt, dass junge Menschen eine Ausbildung haben können. Aber das, was in den anderen Punkten steht, ist alles gar nicht so wichtig. Auch dass die Beschulung stattfinden kann, dass Prüfungen abgehalten werden können, ist seit dem 1. Februar gegeben. Spätestens ab dem 22. Februar gab es auch noch Möglichkeiten, das alles noch besser durchführen zu können. Aber das interessiert alles nicht; der AfD geht es nicht um das Antragsthema, der AfD geht es darum, zu leugnen,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

die erfolgreichen Maßnahmen immer wieder in Frage zu stellen auch mit der Unart, in der über Menschen gesprochen wird. Das will und kann ich nicht mittragen. Dass wir den Antrag ablehnen werden, ist ganz klar.

Der AfD sage ich: Es ist durchschaubar, wenn Sie hintenherum fordern, dass die Gastronomiebetriebe und andere wieder öffnen können, wenn doch ganz klar ist, warum und wie die Vorgaben greifen. Dass wir öffnen wollen, ist selbstverständlich. Es ist durchschaubar, es bleibt durchschaubar. Es ist traurig. Ich bin froh und dankbar, dass wir uns für die Menschen und ihre Gesundheit einsetzen können. Dass das eine große Herausforderung ist, hat keiner bestritten. Der Antrag ist, wie gesagt, abzulehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Mittag. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Abgeordneter Maximilian Deisenhofer –.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist manchmal schon schwer genug, den Ausführungen der AfD zu

folgen. Aber man geht doch immer mit der Erwartungshaltung heran, dass man vielleicht doch etwas zum Hintergrund des Dringlichkeitsantrags erfährt, der gerade vorliegt. Der Kollege Mittag hat es gerade angesprochen. Ich konnte gar nichts Neues erfahren. Ich habe mir Mühe gegeben, und ich habe zugehört. Es war aber nichts Neues dabei, sondern nur das Übliche.

Ich möchte aber trotzdem kurz und knackig etwas zu dem Antrag sagen, weil ich selber mehrere Jahre im dualen System arbeiten durfte und mir das am Herzen liegt. Dass die AfD anscheinend gar nicht mit den Leuten gesprochen hat, die dort tätig sind, und auch sonst wenig Ahnung von dem Thema hat, sieht man an dem Antrag. Zum Beispiel fordern die beruflichen Schulen überhaupt keinen flächendeckenden Präsenzunterricht, wie es im Antrag verlangt wird, sondern die wollen einfach mehr Flexibilität in ihrem Wirken. Viele berufliche Schulen kommen mit dem Distanzunterricht von Anfang an deutlich besser zurecht als viele andere Schularten.

Im Antrag wird gefordert, die Abschlussprüfungen stattfinden zu lassen. Ich stelle an der Stelle fest: Die Abschlussprüfungen finden statt.

In der dualen Ausbildung brauchen wir insgesamt Praktiker; da brauchen wir Pragmatiker, da brauchen wir Menschen am Puls der Zeit, und da brauchen wir Leute mit Zukunftsvisionen. Dies alles trifft auf die AfD nicht zu. Daher brauchen wir im dualen System auch keine Tipps von Ihnen.

Wir lehnen den Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Deisenhofer. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat der Kollege Johann Häusler das Wort.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! "Duale Ausbildung trotz Corona-Lockdown ermöglichen" – das ist selbstver-

ständig das Bestreben des gesamten Hauses und insbesondere der Regierungskoalition, die sich dem in besonderem Maße verschrieben hat. Das ist natürlich auch ein substanzielles Kernanliegen der FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion.

Der vorliegende Antrag – das ist vorher schon etwas ausgeführt worden – wird diesem Anspruch allerdings nicht gerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Warum? – Ich gehe auf die vier genannten Punkte kurz ein. Die berufliche Ausbildung, insbesondere die innerbetriebliche Ausbildung war doch nie untersagt. Sie war zwar eingeschränkt und unter Corona-Bedingungen erschwert, aber nie untersagt.

Die generelle Wiedereröffnung aller Ausbildungsbetriebe – das sind fast alle großen Betriebe – ist eine Forderung ohne jegliche Rücksichtnahme auf das Infektionsgeschehen. Das muss man sich vorstellen. In Bayern haben wir entsprechende Gebiete. Dies ohne jegliche Rücksichtnahme zu fordern, ist nicht nur fahrlässig, sondern auch unverantwortlich, insbesondere unverantwortlich gegenüber

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

den gefährdeten Menschen, für die wir auch Verantwortung tragen.

Verehrte Kollegen, alternative Schulungskonzepte laufen doch bereits in der Praxis; genau das passiert ja zurzeit. Wer einen Einzelunterricht an Berufsschulen in Betracht zieht, ist schlichtweg realitätsfern. Das hat mit der Realität nichts mehr zu tun. Schließlich sind doch die Abschlussprüfungen erlaubt. Es gibt kein Verbot von Abschlussprüfungen. Was soll das?

Wenn man dies zusammenfasst, ist Ihr Antrag obsolet. – Ich möchte aber auch noch auf die Begründung eingehen; denn die Begründung ist meiner Auffassung nach schon sehr, sehr gewöhnungsbedürftig oder akzeptanzbedürftig. Warum? – Im Antrag wird ein Ausbildungsplatzrückgang von bis zu 50 % prognostiziert. Die Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geht für 2021 von bis zu

10 % aus. Tatsächlich gibt es keine Berufsverbote; es gibt auch keine Betriebsverbote, wie im Antrag dargestellt.

Aus meiner Sicht ist es unverantwortlich, Schweden als Vorbild anzuführen. Dies ist nämlich ein ganz brutaler Schlag ins Gesicht eines jeden Corona-Opfers, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nehmen wir die Zahlen bis gestern, bis zum 23. Februar. In Deutschland haben wir 68.365 Corona-Tote, in Schweden 12.713. Wenn man diese Zahlen ins Verhältnis zur Einwohnerzahl setzt, müssten es in Deutschland 105.000 Tote sein, wenn Schweden Beispiel wäre. In der Begründung des Antrags wird also bewusst in Kauf genommen, dass durchaus 30.000 bis 35.000 Menschen sterben könnten. Das ist unverantwortlich, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ansonsten will ich es kurz machen, da die Initiative des Wirtschaftsministers und auch des Gesundheitsministers, die Allgemeinverfügung das hergibt, was im Antrag gefordert wird. Die Prüfungsvorbereitungen sind möglich.

Ich fasse ganz kurz zusammen: Es macht keinen Sinn, diesen Antrag einzureichen. Insofern bleibt uns als FREIE-WÄHLER-Fraktion und, ich meine, auch der Mehrheit des Hauses nur übrig, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Häusler. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Margit Wild das Wort.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Dringlichkeitsantrag ist ein typischer Corona-Leugner-Propaganda-Antrag. Wenn davon die Rede ist, dass Präsenzunterricht an allen beruflichen Schulen ohne Einschränkungen stattfinden soll, dann ist dies nichts anderes als Unterricht ohne jegliche Maßnahmen zum Gesundheitsschutz. Sie haben in der Aktuellen Stunde überhaupt nicht aufgepasst. Sie lesen nichts. Fakten interessieren Sie in Ihren

Diskussionen und Anträgen in keiner Weise, aber das sind wir von Ihnen auch schon gewohnt.

Wir haben vorhin ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir Präsenzunterricht nur sinnvoll und gut finden, wenn der Gesundheitsschutz für alle Beteiligten sichergestellt ist. Dies gilt natürlich auch für die Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen. Wir denken auch. Wir verharmlosen das nicht wie Sie. Langsam ist dies unerträglich. Von den Mutationen haben Sie wohl noch gar nichts mitbekommen.

Der vierte Punkt Ihrer Forderungen ist sowieso obsolet, weil die Abschlussprüfungen natürlich stattfinden. Falls es der AfD nicht bekannt ist, will ich Sie gerne etwas aufklären. Eigentlich legen das die Kammern bundeseinheitlich fest. Aber Fakten interessieren die AfD nicht; Hauptsache, Sie können Ihre Propaganda, Ihren Schmarrn, verbreiten. Das ist Ihr einziges Ziel.

Sie geben vor, sich für die Jugendlichen zu engagieren. – Von solchen Vertretern möchte ich kein Engagement haben. Wir haben uns in den vergangenen Wochen mit den Jugendlichen intensiv auseinandergesetzt. Wir haben ihre Erfahrungen gesammelt und gehört, und wir nehmen das alles sehr ernst. Ich muss sagen: Mit solch pauschalen und komplett falschen Aussagen ist niemandem geholfen. Lassen Sie das bitte künftig! Verschonen Sie unsere wertvolle Zeit vor einem solchen Unsinn und einer solchen Propaganda.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Wild. – Für die FDP hat Herr Kollege Albert Duin das Wort.

Albert Duin (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Anfang habe ich gedacht, ich bin im falschen Film. Was hatte die Rede des AfD-Vertreters mit dem Antrag zu tun? Ich habe mich mit dem Antrag wirklich beschäftigt, wahrscheinlich mehr als die AfD selbst. Kollege Mittag hat es richtig auf den Punkt gebracht. Ganz

ehrllich: Mich wundert, dass ihr nicht einmal mit eurem Kollegen Bergmüller gesprochen habt; der kennt sich nämlich in der Berufsausbildung aus, ich selbst auch. In meinem Betrieb ging es ganz normal weiter. Es war schwierig, aber wir arbeiten weiter. Die überbetriebliche Ausbildung hat funktioniert; wir haben sie erst vor drei Wochen wieder freigegeben.

Vieles von diesem Antrag ist völlig überholt. Zur Verschiebung der Abschlussprüfung: Ich habe vollstes Vertrauen in die Kammern. Sie werden das machen. Das ist nicht unsere Aufgabe. Nicht wir bestimmen, wann wie wo ausgebildet wird, sondern die Kammern. Ich habe zu ihnen großes Vertrauen; sie machen das.

Ich frage mich, wer auf eine solch blöde Idee kommt, zu öffnen, nur um ein paar Auszubildende auszubilden, aber den Rest des Ladens stillstehen zu lassen. Ihr haut immer nur etwas raus und macht kurzfristige Aktionen, nur um berühmt zu werden. – Ich hab es echt dick, Leute!

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Duin. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Weigert das Wort.

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen und Zuschauer an den Bildschirmen! Ich bin von Staatsminister Aiwanger gebeten worden, hier noch das Wort zu ergreifen. Ich werde es kurz machen, weil die Vorredner in großer Dichte dargelegt haben, warum dieser Antrag abzulehnen ist. Ich sage Ihnen in aller Kürze: Wir im Staatsministerium schließen uns den Ausführungen der Vorredner umfassend an.

Ich sage Ihnen: Wir als Bayerische Staatsregierung stehen für eine schrittweise, für eine verantwortungsvolle und für eine insbesondere den Gesundheitsschutz betrachtende Politik der Lockerungsschritte auch in der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Wir tun dies, wie vorher gesagt worden ist, mit dem Ziel einer dauerhaften und

geordneten beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Wir tun dies, wenn wir gemeinsam mit dem Staatsministerium für Gesundheit, mit dem Haus des Kollegen Holetschek, die Ausführungsverordnungen diskutieren und ausarbeiten. Wir tun dies in enger Abstimmung mit den Kammern und Verbänden.

Ich kann Ihnen sagen: All die Ausführungsverordnungen, die Klauseln, die erlassen werden, entstehen in enger Abstimmung mit den Kammern und mit den Verbänden. Wir tun dies mit voller Bodenhaftung und mit vollem Realitätsbezug. Deswegen ist der Antrag der AfD abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/13931 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die restlichen Fraktionen sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.